

Die Ausländerpolitik bleibt auf der Traktandenliste

Michael Hermann

Mit dem Ausländerthema ist keine Politik mehr zu machen, glauben einige nach der Niederlage der SVP bei der Einbürgerungsinitiative. Doch es könnte ein Irrtum sein, aus einer einzelnen Vorlage einen Trend herauszulesen. Denn mit der Öffnung der Schweiz haben auch die Abschottungstendenzen in manchen Bereichen zugenommen

Zumindest in der Theorie besteht kein Zweifel, dass die Ausländerpolitik ein zentrales Instrument der SVP in der Opposition sein muss. Bei keinem anderen Thema hat sich in der Vergangenheit ein grösserer Graben zwischen der politischen Klasse und der Bevölkerung geöffnet als hier. Welches andere Politikfeld sollte sich folglich besser dafür eignen, den Druck auf die regierenden Parteien aufzubauen, als dieses? Mit dem klaren Verdikt gegen die SVP-Einbürgerungsinitiative hat sich die Stimmbevölkerung vor zwei Wochen jedoch um die Theorie foutiert und anstelle des Establishments die Urheber der Initiative in Verlegenheit gebracht. Nicht die von der SVP ins Visier genommene Justizministerin, sondern die Oppositionspartei selber scheint den guten Riecher für die Sorgen der breiten Bevölkerung verloren zu haben.

Ein Blick in die jüngere Abstimmungsgeschichte zeigt jedoch, dass der Schluss von einzelnen Vorlagen auf generelle Trends trügerisch sein kann: So hatte das Volk bereits im Jahr 2000 die Volksinitiative, die den Anteil der ausländischen Staatsangehörigen an der Wohnbevölkerung auf 18 Prozent beschränken wollte, mit demselben Stimmenverhältnis (36,2% Ja) versenkt wie nun die Einbürgerungsinitiative. Dies löste Spekulationen über eine mögliche Trendwende in der Auseinandersetzung um die Ausländerpolitik aus, die in den Jahren zuvor immer emotionaler geführt worden war - so hatte beispielsweise die Stadtzürcher SVP 1998 mit einem Plakat für Stimmen geworben, auf dem aus Distanz nur der Slogan «Kosovo-Albaner Nein» zu sehen war. Die kühnste Analyse nach der Schlappe der 18-Prozent-Initiative kam vom Chefredaktor der «Weltwoche», der in einem Artikel nicht weniger verkündete, als dass die SVP-Dominanz zu Ende sei, da sich diese mit ihrer Unterstützung der Einwanderungsvorlage vom Mainstream in die «Randzonen einer politischen Esoterik» verabschiedet habe.

Bereits zwei Jahre später wurde die vermeintliche Trendwende jedoch auf den Kopf gestellt. Um Haaresbreite - es fehlten weniger als 5000 Stimmen - verpasste die SVP-Initiative «gegen Asyl-

rechtsmissbrauch» das Volksmehr. Unversehens kippte der gefühlte Trend und zeigte wieder in die Gegenrichtung. So erschien es jetzt nur noch als eine Frage der Zeit, bis die SVP im Ausländerbereich nicht bloss mit Referenden Behördenvorlagen stoppen, sondern mit eigenen Initiativen und mit der Unterstützung des Volks Politik gestalten könne. Der gefühlte Trend hatte dabei durchaus eine objektive Grundlage, denn die für eine Initiative beeindruckend hohe Zustimmung von annähernd 50 Prozent stellte eine Steigerung gegenüber der ähnlich gelagerten SVP-Initiative «Gegen illegale Einwanderung» dar, die sechs Jahre zuvor bereits 46 Prozent erreicht hatte.

Die inhaltlichen Unterschiede zwischen den knapp und den klar gescheiterten Volksinitiativen machen deutlich, dass sich die gesellschaftliche Mitte in der Regel nicht mit diffusen Ängsten vor dem Fremden für eine Vorlage mobilisieren lässt. Es sind die negativen Begleiterscheinungen der Migration wie Kriminalität, Asyl- und Sozialmissbrauch sowie Konflikte an Schulen und im öffentlichen Raum, die bei einer Mehrheit der Bevölkerung für Unmut sorgen. Volksinitiativen wie jene gegen den Bau von Minaretten, die auf Ängste vor einer Islamisierung der Gesellschaft bauen, haben kaum Aussicht auf Erfolg. Ganz anders sind die Voraussetzungen jedoch bei Vorlagen wie der ebenfalls von der SVP eingereichten Ausschaffungsinitiative, die unmittelbar auf die Missbrauchsthematik zielen. Es ist nicht auszuschliessen, dass sich in ein, zwei Jahren, wenn die Ausschaffungsinitiative an die Urne gelangt, die Geschichte wiederholen wird und sich die SVP die Deutungshoheit über die Ausländerthematik noch einmal zurückerobert kann.

Trend, Gegentrend, Öffnung und Abschottung - es sind nur scheinbar widersprüchliche Entwicklungslinien, welche die politische Auseinandersetzung um Migration und Integration in diesem Land prägen. Das rasante Wachstum der internationalen Mobilität im Zuge der Globalisierung hat die Schweiz weltoffener und internationaler gemacht. Noch in den 1980er Jahren erregten die damals frisch eingewanderten tamilischen Flüchtlinge allein aufgrund ihrer Hautfarbe Aufsehen und gaben Anlass für rassistische Bemerkungen bis weit in gutbürgerliche Schichten hinein. Heute leben Menschen mit unterschiedlichen ethnischen und kulturellen Hintergründen mit grosser Selbstverständlichkeit in diesem Land. Die Globalisierung hat allerdings nicht nur den Horizont der ansässigen Bevölkerung erweitert, sie hat auch dazu geführt, dass in der Gesellschaft neue Spannungsfelder entstanden und die Integrationslasten angewachsen sind. Es ist deshalb kein Widerspruch, dass parallel zur Öffnung auch die Abschottungstendenzen zugenommen haben. So zum Beispiel im Bereich des Asylrechts, das in den letzten Jahren in einer Reihe von Revisionen, mit breiter Unterstützung der Bevölkerung, immer restriktiver ausgelegt worden ist. Was sich in dieser Entwicklung spiegelt, ist jedoch kein Revival nationalkonservativer Werte, sondern vielmehr die Tatsache, dass in einer glo-

balisierten Welt die geografische Distanz nicht mehr dieselbe Schutz- und Filterfunktion besitzt wie zur Zeit, als das Asylrecht entworfen worden ist.

Von einzelnen Abstimmungen auf längerfristige Trends zu schliessen, ist in der Regel nicht empfehlenswert, trotzdem hat sich bei der Einbürgerungsinitiative ein Novum ergeben, das möglicherweise richtungsweisend ist. Das erste Mal in der Geschichte ausländerpolitischer Vorlagen war der Ja-Stimmen-Anteil bei der Schlussabstimmung im Parlament mit 35 Prozent annähernd gleich hoch wie danach bei der Volksabstimmung. Dies ist bemerkenswert, denn in den Jahren zuvor betrug die Differenz bei ausländerpolitischen Vorlagen zwischen Elite und Basis im Durchschnitt 27 Prozentpunkte, was mehr ist als bei allen anderen Politikfeldern. Die Kluft zwischen Elite und Basis ist am Schwinden - dies spiegelt sich nicht nur in den Abstimmungen im Parlament, sondern auch in der Medienöffentlichkeit. Im starken Kontrast zu früheren Fällen führten die Medien die Debatte im Vorfeld der Einbürgerungsinitiative mit ausgesprochener Gelassenheit. Für einmal wurden nicht der Untergang der humanitären Tradition, des Rechtsstaats und auch nicht der unwiederbringliche Verlust des Ansehens im Ausland beschworen, vielmehr bemühten sich viele Journalisten, die allfälligen Auswirkungen der Vorlage in ein angemessenes Verhältnis zu setzen. Trotz - oder vielleicht auch gerade wegen - dem Ausbleiben der Empörungsspirale hat die Vorlage schlechter abgeschnitten, als es von den meisten Beobachtern erwartet worden war. Womöglich tickten viele Menschen so wie der SVP-Mann aus Emmen, der vor einiger Zeit noch für Einbürgerungen an der Urne kämpfte, heute jedoch nicht mehr zu diesem System zurückkehren will und dies gegenüber einem «Blick»-Reporter damit begründete, dass man heute offen sprechen dürfe über «Raser, Kriminelle und Sozialhilfebetrüger» und deshalb kein Ventil mehr brauche, um den Menschen vom Balkan, gegen die sich «vieles aufgestaut» habe, einen Denkartikel zu verpassen.

Im Konflikt um die Ausländerpolitik scheinen sich die Fronten langsam aufzuweichen. Die traditionell xenophilen Eliten haben ihren fundamentalen Widerstand gegen die Positionen der SVP aufgegeben. Wie das Beispiel der Einbürgerungsinitiative zeigt, führt dies jedoch nicht zum Kippen des Systems und nicht zum Durchmarsch einer von der SVP dominierten Ausländerpolitik. Vielmehr entzieht es der SVP Sauerstoff, den sie in ihrer ohnehin schwierigen Oppositionsrolle eigentlich dringend brauchen könnte.

Michael Hermann ist Ko-Leiter der Forschungsstelle «sotomo - Gesellschaft, Politik und Raum» an der Uni Zürich.